



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/11/270 - 23. November 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831-38

Fernschreiber 0886890

Hinweise

auf den Inhalt:

USA und die UNO	S. 1
Zur Situation der Rentenreformgesetzentwürfe	S. 2a
Wenig Europaplan	S. 3
Schändiger Mitgliederzuwachs der SPD	S. 5
Ein unverständliches Urteil aus München	S. 7

## In Washington nicht gefragt

sp. Reisen europäischer Politiker in die amerikanische Metropole, soweit sie für die Politik ihrer Regierungen verantwortlich sind, müssen für die nächste Zukunft unterbleiben. Auch ein Besuch des Bonner Außenministers von Brentano oder gar des Bundeskanzlers ist ebenso unerwünscht, wie es die nach dem Suezdabakel angekündigte Reise von Eden und Mollet war. Washington winkte kühl ab, dafür liess es, beinahe demonstrativ, wissen, dass es den Besuch des indischen Ministerpräsidenten Nehru noch vor Weihnachten erwarte.

Noch hat die USA-Außenpolitik nach dem Schock von Suez und Ungarn nicht feste Konturen bekommen, doch lassen sich jetzt schon gewisse, in ihren Wirkungen noch unübersichtlichere Veränderungen feststellen. Dem Drängen Grossbritanniens und Frankreichs, dem sich das offizielle Bonn anschloss, nach einer Niederbelegung und Festigung der atlantischen Allianz, zeigt Washington kein williges Ohr, es verschloss sich auch dem Werten von London und Paris, eine machtpolitische, den Briten und Franzosen geordnete Lösung im Suez-Konflikt durchzusetzen. Es überlässt die Bereinigung dieses Konfliktes der UNO, mit keiner ganzen Macht unterstützt es den tatkräftigen und hochverdienten Generalsekretär Hanarskjöld, es fördert den raschen Abzug aller Interventionstruppen und ihre Ersetzung durch die UNO-Polizei.

Offensichtlich liegt heute den Vereinigten Staaten sehr viel daran, ihr Ansehen in der asiatisch-afrikanischen Welt, das sie sich durch ihre Haltung im Suez-Konflikt neu erworben haben, nicht durch ein Eingehen auf die Wünsche von London und Paris zu verlieren. Dazu

kommt der durch die Geschichte bedingte anti-kolonialistische Grundzug der Vereinigten Staaten, der immer dann wirksam wird, wenn sich die USA zwischen den Ansprüchen junger, aufstrebender Staaten und den Beharrungsvermögen der alten europäischen Kolonialmächte gestellt sehen. In einem solchen Fall nehmen sie in der Regel stets die Partei der jungen, nach Selbstverwirklichung und voller Unabhängigkeit strebenden Staaten, besonders dann, wenn davon auch ihre Beziehungen zur konkurrierenden Sowjetunion berührt werden.

Das Hauptziel der Vereinigten Staaten gilt der Fernhaltung der Sowjetunion als militärische Macht im Nahen Osten. Um Haresbreite wäre es beinahe der britisch-französischen Intervention gelungen, den Sowjets einen Fusshalt in diesem Teil der Erde zu verschaffen. Wenn ein Land angegriffen wird, dann holt es die Hilfe von dort, wo sie ihm angeboten wird. Hätten sich die Vereinigten Staaten und die UNO nicht blitzschnell eingeschaltet, stünden heute sowjet-russische und chinesische Freiwillige am Nil. Kaltblütigkeit und schnelles Reaktionsvermögen der USA bewahrten Ägypten und vielleicht auch die Welt vor dem Sturz in den Abgrund. Um den Preis der Nichtbeachtung ihrer bisherigen Verbündeten in der NATO retteten sie USA und die UNO den Weltfrieden; sie verhinderten damit, dass die ganze arabische Welt in den Sog der Sowjetunion geriet.

London und Paris beugten sich dem moralischen Druck dieser Entscheidung, die auch eine Entscheidung des Weltgewissens ist. Dadurch gewannen die asiatisch-arabischen Staaten den Blick frei für die ungarische Tragödie. Bei den ersten Entschliessungen der UNO über Ungarn enthielt sich dieser Staatenblock grösstenteils der Stimme, vielleicht aus dem Grunde, sich die Sympathien der Sowjetunion in der Auseinandersetzung mit den Kolonialmächten nicht zu verschmerzen. Hier hat sich nun innerhalb weniger Tage ein bemerkenswerter Umschwung vollzogen. Bei dem Abschluss der Ungarn-Debatte war der Ostblock isoliert. Ein beträchtlicher Teil der ganzen asiatisch-afrikanischen Staatengruppe einschliesslich Indiens, stimmte für die Entsendung von UNO-Beobachtern nach Ungarn. An diesem Stimmungsumschwung mag vielleicht die Reise deutscher Parlamentarier nach Asien und die asiatische Sozialistenkonferenz in Bombay nicht unbeteiligt sein, denn gerade hier wurde der Ruf laut, dass jede Aggression, von wem auch immer sie ausgehe, und woher auch immer sie erfolge, den Frieden aller bedrohe.

Die Sowjetunion wird auf die Dauer sich einer solchen Aufforderung nicht entziehen können. Hinter ihr steht die Weltmeinung, steht das moralische Gewicht der UNO. Es gibt viel Grund zu der Annahme, dass Russland die Weltmeinung mehr fürchtet als Kanonen und Bomben.

23. 11. 1956

### Wehr Wirrwarr als Reform

FB. Der Winter ist in Deutschland eingezogen. In den Rentnerstuben herrscht trotz der dürftigen Überbrückungszahlungen bittere Not und die Millionen, die noch hoffnungsvoll oder schon verzagend nach Bonn klicken, erleben von Tag zu Tag neue Enttäuschungen. Seit Wochen hören sie immer nur wieder, dass der Sozialpolitische Ausschuss seine Beratungen unterbrochen hat oder ohne Abstimmung diskutierte und so langsam wird auch dem grössten Optimisten klar, dass das Gesetz technisch nicht mehr bis zum 1. Januar 1957 durchzuführen ist.

Die Koalition hat durch dieses Verhalten nicht nur eine politische, sondern auch eine menschliche Schuld auf sich geladen, die nicht zu verantworten ist. Es muss mit aller Eindringlichkeit noch einmal darauf hingewiesen werden, dass die Verantwortung für die gegenwärtige Situation hauptsächlich die CDU/CSU trägt, denn sie hat im April 1956 die Beratung des SPD-Gesetzesentwurfes verweigert, bis auch der Regierungsentwurf, der seit Jahren versprochen war, im Bundestag vorlag. Darüber wurde es Juni, es kamen die Sommerferien und die praktische Auswirkung dieses störrisch-verantwortungslosen Handelns der CDU/CSU war, dass die Ausschussberatungen erst im September 1956 begonnen haben.

Wer aber nun glaubte, dass die Arbeitslosen zügig vorangetrieben würden, sah sich erneut enttäuscht. Erst nach den Sommerferien brachen in voller Schärfe die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalitionsparteien aus und beim entscheidenden Paragraphen 1260 - Bemessungsgrundlage der Rente - kann man sogar von einem sozialpolitischen Bruch der Koalition sprechen, obwohl Dr. Edenauer zweimal vergeblich aus wahltaktischen Gründen versuchte, die Einheit wiederherzustellen.

Es gibt in dieser Situation nicht wenige, die die Meinung vertreten, dass der Streit innerhalb der Koalition nur dadurch beendet werden könnte, dass die SPD mit der CDU oder Teilen dieser Fraktion die Bemessungsgrundlage nach dem § 1260 beschliessen, um dem Pauziehen ein Ende zu bereiten. Die das meinen, übersehen völlig, dass zur Zeit noch nicht einmal der § 1260 in der Fassung der Regierungsvorlage zur Debatte steht, sondern ein verachlechterter CDU-Entwurf, den der Industrie Flügel mit dem sozialpolitischen Flügel ausgehandelt hat.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ist im Interesse der Rentner bestrebt, die Beratungen so schnell wie möglich abzuschliessen. Sie hat noch am Donnerstagabend nach dreistündiger fruchtloser Debatte den Antrag gestellt, zur Abstimmung zu kommen. Sie ist aber mit diesem Antrag unterlegen. Sie wird auch weiter auf die Beschleunigung des Verfahrens drängen, aber man muss schliesslich daran denken, dass es nicht nur um Termine, sondern auch um sozialen Inhalt des Gesetzes geht. Die bisherigen Abstimmungen, beispielsweise bei den Fragen des Kreises der Versicherten, und der Rehabilitierung, haben jedoch bewiesen, dass die Koalition auch nicht zum geringsten sozialen Fortschritt bereit war.

Alle noch so gut gemeinten Appelle an die SPD, sich mit der CDU zu einigen, sind deshalb vorerst ein wenig wirklichkeitsfremd, denn das würde bedeuten, dass die SPD einem Gesetzesentwurf zustimmen soll, der keine Verbesserungen, sondern eher noch Verachlechterungen des ohnehin unzulänglichen Regierungsentwurfes beinhaltet. Wenn die CDU oder Teile dieser Fraktion auf SPD-Stimmen für eine gesetzliche Regelung rechnen wollen, dann wird man beträchtliche Zugeständnisse im Sinne des gleichfalls vorliegenden SPD-Gesetzesentwurfes machen müssen. Die bisherigen Abstimmungen, die samt und sonders sozialpolitisch keinen Fortschritt bedeuten, rechtfertigen jedenfalls keinen Optimismus.

Der "Nenni-Plan" - eine europäische Lösung?

R.F. - Rom, Mitte November

In seiner Eigenschaft als Wortführer der italienischen Linkssozialisten hat Pietro Nenni zu den ungarischen Ereignissen eine eigentümliche Stellung bezogen. Zwar hat auch er, gleich allen anderen Sozialisten des Westens, das bewaffnete Eingreifen Russlands in Ungarn scharf verurteilt, daran jedoch mehrfach die Forderung geknüpft, man möge das ungarische Problem nicht als Einzelfall ansehen, sondern als einen Bestandteil eines weit größeren Fragenkomplexes, für den nur eine sehr weit gefasste Lösung gangbar sei: der Rückzug aller fremden Gruppen aus Europa - der russischen aus den Satellitenstaaten und der amerikanischen aus den NATO-Ländern.

Dieser Gedanke Nennis ist von der nicht-kommunistischen Öffentlichkeit Italiens zunächst kaum ernstgenommen worden. Man hat darin nichts anderes sehen wollen als einen Versuch in extremis, den östlichen mit dem westlichen Imperialismus gleichzusetzen und damit das Massaker in Ungarn in einem etwas weniger grausigen Lichte erscheinen zu lassen.

Jetzt aber hat sich ein angesehenener politischer Journalist aus dem bürgerlichen Lager, der politische Kommentator der Zeitschrift "L'Europeo", Vittorio Zincone, in einem ausführlichen Artikel mit den Gedankengängen Nennis beschäftigt und die Frage untersucht, ob darin nicht mehr zu suchen sei als ein taktisches Manöver, nämlich ein ernstzunehmender Vorschlag zur Lösung der grossen gesamteuropäischen Probleme.

Zincone weist darauf hin, dass der neue "Nenni-Plan" eine gewisse Verwandtschaft mit den Gedanken Titos aufweise, der ja für sein Land seit langen eine neutralistische Position zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Lager zäh anstrebt und weitgehend bereits verwirklicht hat.

Anlässlich der russisch-jugoslawischen Aussöhnung und zur Zeit der Genfer Viermächtebesprechungen ist bekanntlich ein Projekt aufgetaucht, dessen eigentliche Urhebererschaft nie völlig klargestellt werden konnte, dem jedoch Tito kaum ferngestanden haben dürfte. Demnach sollte zwischen den Mächten des Atlantikpakt und Sowjetrussland ein Gürtel von neutralen Pufferstaaten geschaffen werden, der von Schweden bis nach Jugoslawien reichen sollte. Die Neutralisierung Österreichs schien ein erster Schritt auf diesem Wege, und es hatte zu jener Zeit den Anschein,

als wäre Russland sogar für eine Wiedervereinigung Deutschlands zu haben, falls auch dieses zu jenem neutralen Puffer-Gürtel ohne Bindungen an Ost oder West gehöre.

Dieser Gedanke wurde damals sogleich nach seinem Bekanntwerden im Westen einmütig als undiskutabel abgelehnt, weil man dort der Überzeugung war, dass sich ein beiderseitiger militärischer Rückzug praktisch als höchst einseitige Massnahme zugunsten der Russen ausgewirkt hätte. Die jüngsten Ereignisse in Osteuropa haben jedoch die Irrigkeit dieser Annahme schlagend erwiesen. Im Kriegsfall wären nicht nur die Armeen der Satellitenstaaten für Russland unbrauchbar, sondern bei der Stimmung der Bevölkerung in Ungarn und Polen - und wahrscheinlich auch in den anderen in Frage kommenden Ostländern - müsste die rote "Dampfwalze" erst einmal diese Völker niederwalzen, ehe sie sich gegen Westeuropa in Bewegung setzen könnte. Dass dies keineswegs eine einfache Sache wäre, hat die Welt in diesen Tagen an dem ungarischen Beispiel hinlänglich gelernt. Der Westen hätte also ausreichend Zeit, um die Abwehr einer russischen Aggression zu organisieren, auch wenn auf westeuropäischem Boden keine amerikanischen Truppen mehr stationiert wären.

"Russland hat mit der Unterdrückung des ungarischen Aufstandes in der ganzen Welt Entsetzen erregt", schreibt Zincone in diesem Zusammenhang, "aber zugleich hat es auch den schwachen Punkt seiner Strategie aufgezeigt, nämlich die Unverlässlichkeit der Satelliten. Die Staaten Osteuropas, die bisher immer nur als Trojanische Pferde des Kommunismus angesehen worden sind, dürfen daher heute als Elemente betrachtet werden, die ganz Europa aus seiner gegenwärtigen Lage als Grenzgebiet zwischen zwei Machtblöcken befreien und unserem Kontinent eine seiner Vergangenheit würdige politische Funktion wiedergeben könnten. Die europäische Vision der italienischen Sozialisten verdient es daher, mit Hoffnung aufgenommen zu werden, und es wäre wünschenswert, wenn die Regierungen und die sozialistischen Parteien diese Idee nicht ohne weiteres fallen liessen."

Wenn man bedenkt, dass dieser interessante Aufsatz in einer grossen, viel gelesenen Mailänder Zeitschrift des durchaus nicht linksstehenden Rizzoli-Konzerns veröffentlicht worden ist, wird man sich darüber klar sein, dass der Gedanke, der in dem sogenannten "Monni-Plan" seinen Ausdruck gefunden hat, heute auch ausserhalb der Sozialistischen Partei Interesse geweckt hat und offenbar auch von Politikern des bürgerlichen Lagers ernsthaft diskutiert wird.

### Unaufhaltsamer Vormarsch

ler. In der Wertschätzung der Parteien in der deutschen Öffentlichkeit steht die SPD an der Spitze. Der eindrucksvollste Beweis einer Bestätigung aller durch das Meinungsforschungsinstitut EMNID vorher veranstalteten Umfragen sind die Ergebnisse der letzten Gemeindevahlen. Sie zeigen, mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz, die SPD als stärkste politische Kraft. Sie hat in vielen Ländern der Bundesrepublik die 40%-Grenze erreicht, teilweise, wie im industriellen Nordrhein-Westfalen, überschritten. Die CDU liegt im Rückstand, ihre dynamische, bei den Bundestagswahlen 1953 ihren Höhepunkt erreichende Anziehungskraft auf die Masse der deutschen Wähler ist in ihrem Kern gebrochen. Diese innenpolitische Klimaänderung war vor zwei Jahren noch undenkbar.

Die Partei des Kanzlers kämpft heute mit dem Rücken an der Wand. Sie ist zwar noch im Vollbesitz der staatlichen Macht, auf die innere Zustimmung der Mehrheit unseres Volkes kann sie sich jedoch nicht mehr berufen. Ihr Gesicht bleibt der Vergangenheit zugewandt, nicht der Zeit von morgen. Das ist ihre grösste Schwäche. Als Produkt des Zusammenbruchs von 1945 kann sie nicht von dem Gesetz abtreten, nach dem sie angetreten ist. Sie glaubte, die politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung von vor 1939 oder vor 1933 lasse sich wieder herstellen, sie betrachtete die Katastrophe des zweiten Weltkrieges sozusagen als Betriebsunfall, als eine Abweichung vom Normalen. Ein solches Blickfeld verengt den Horizont, es macht unfähig, die bewegenden Triebkräfte der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts als entscheidende Faktoren in das moderne Weltbild einzuordnen.

### Aufgeschlossene Jugend

Der politisch aktivste Teil unseres Volkes wendet sich heute der deutschen Sozialdemokratie zu, sie ist nicht nur, was die Zahl ihrer Mitglieder anbelangt, sondern auch, nimmt man die letzten Kommunalwahlen zur Grundlage, nach der Zahl der für sie abgegebenen Stimmen die stärkste Partei in der Bundesrepublik. Ihr Stärkezuwachs kommt vornehmlich aus den Reihen der Jungwähler aller Bevölkerungsschichten. Das Weltbild der neuen heranwachsenden Generation wird nicht mehr allein durch die Katastrophe von 1945 und schon gar nicht von einer Sehnsucht zur Rückkehr nach den politischen und sozialen Verhältnissen

der Vorkriegszeit geprägt, es wird bestimmt von den Notwendigkeiten der Jahre, die vor uns liegen. Von der geistigen und politischen Grundhaltung der SPD fühlt sich ein Grossteil der deutschen Jugend angesprochen. Die Jugend der Nachkriegszeit verabscheut das hohle Pathos, sie hat ein waches Empfinden für die Redlichkeit auch im Politischen; deshalb haben es die Demagogen aller Schattierungen so schwer, bei ihr wieder Fuss zu fassen.

#### Die Tore für alle aufgetan

Die Tore der Sozialdemokratie sind heute für alle aufgetan, die sich dem Dienst für ein sozial erneuertes, von den Schrecken der Vergangenheit befreites, auf den Grundsätzen von sozialer Gerechtigkeit und Respektierung der Menschenwürde beruhendes, seine Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln erstrebendes Deutschland verpflichtet fühlen. Längst ist von ihr der Mantel einer Klassenpartei, einer Vertreterin einseitiger Interessen gefallen. Freilich: da sie zuerst um den einst verachteten Arbeiter warb, sich zur Vollstreckerin seiner Wünsche und Sehnsüchte machte, öffnete sie ihm den Aufstieg zum vollwertigen Bürger des Volkes. Noch immer bildet die deutsche Arbeiterschaft die Kerntruppe der Sozialdemokratie, ohne sie wäre die Partei eines Babel, Ebert und Schumacher gar nicht denkbar. Wo die Demokratie die Masse der Arbeiterschaft nicht durchdrungen hat, wie etwa in Italien und Frankreich, wo totalitäre Ideologien über sie Gewalt bekamen, bleibt auch das Schicksal der Nation im Ungewissen, ist Raum gegeben für antidemokratische und antihumanitäre Entwicklungen. Es bleibt das einmalige Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, in vielen jahrzehntelangen Bemühen den deutschen Arbeiter für die Demokratie als die humanste Staatsform gewonnen zu haben - so erwies er sich auch am wenigsten anfechtbar für die Unmenschlichkeit eines Hitler-systems.

#### In die Breite und in die Tiefe

Der Begriff des arbeitenden Menschen bezieht sich nicht mehr auf den manuellen Arbeiter, er ist umfassender geworden, er umspannt auch jene zahlreichen Schichten, wie die kleinen und mittleren Selbständigen, der Angestellten und Beamten und der Angehörigen der geistigen

Berufe. Auch bei ihnen findet die Sozialdemokratie wachsende Resonanz! So traten bis Oktober dieses Jahres insgesamt 32 158 Bundesbürger als Mitglieder der SPD bei, davon 26 795 Männer und 5 363 Frauen. Rund 17 000 dieses Zuwachses kommen aus den Reihen der Arbeiterschaft, die anderen 15 000 rekrutieren sich aus Angestellten (4 892), Beamten, Handwerkern, Geschäftsleuten, Landwirten, Ärzten und geistigen Berufen (1 027), Rentnern und Hausfrauen - man sieht, die ganze Vielfalt der sozialen Gliederung unseres Volkes spiegelt sich hier. Die 20- bis 50-Jährigen stellen mit 74 % aller Neubescriptions das Hauptkontingent. Es ist jene Altersschicht, die am bewusstesten an politischen Leben teilnimmt.

So geht heute die Anziehungskraft der Sozialdemokratie in die Breite und in die Tiefe. Sie braucht keine Volkspartei zu werden, sie ist es schon. Ihr Wollen findet steigenden Widerhall in unserem Volk. In ihr finden sich alle der Zukunft zugewandten Kräfte. Sie ist eine Macht, deren Anspruch auf Mitwirkung in den entscheidenden Lebensfragen unseres Volkes nur von jenen überhört werden kann, die ewig Geatrigte bleiben wollen.

+ + +

#### Befremdliche Berichterstattung

Von Dr. Adolf Ernst, MdB.

Aus Lüneburg meldete dpa am 15. November (Nr. 216), dass das Präsidialmitglied der Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft, Alfons Clemens aus Altenhunden "wegen Untergrundtätigkeit und Geheimbündelei" zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Geheimbündelei ist nach § 128 StGB strafbar, ebenso gemäss § 90 a StGB die Beteiligung als Rädelsführer in einer Vereinigung, deren Zwecke sich gegen die verfassungsmässige Ordnung richten. Wenn die Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft ein Geheimbund und eine Verfassungsfindliche Vereinigung ist, bestehen insoweit keine Einwendungen.

Fraglich kann schon sein, dass die Meldung besagt, Clemens sei "wegen Untergrundtätigkeit" bestraft worden, weil "Untergrundtätigkeit" jedenfalls kein Straftatbestand ist. Noch bedenklicher aber wird



23. 11. 1956

es, wenn es ferner heisst, Clemens habe "wiederholt Schulungslager in der Sowjetzone besucht und gab sein marxistisches Wissen ... weiter." Das Weitergeben eines als "marxistisch" bezeichneten Wissens ist unter keinen Umständen etwas strafrechtlich Verbotenes. Das gleiche gilt für die weitere Mitteilung, Clemens habe sich im Rahmen der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft "massgeblich an der Hetze... gegen die Bundesregierung ... beteiligt." Denn es gibt auch keinen Straftatbestand der Hetze. Wenn die Hetze eine Beleidigung, üble Nachrede oder Verleumdung ist, dann muss sie aus diesen Gründen bestraft werden. Aber was Hetze ist, das zu beurteilen gibt es keine strafrichterliche Instanz. Hetze wird moralisch und politisch verwerflich sein; strafbar ist sie erst, wenn sie den Bereich der politischen Meinungsäusserung überschreitet und sich als Ehrenkränkung erweist.

Es ist keine gute Sache, ein Gerichtsurteil mit einer solchen Erläuterung zu versehen. Daher wäre es interessant, die Quelle der Nachricht zu erfahren. Stammt sie von einer Justiz-Pressestelle? Da besteht keinerlei Grund anzunehmen, dass sich das Landgericht München mit anderen Fragen beschäftigt hat, als sie sich sachlich und rechtlich aus den Vorschriften des Strafgesetzbuches ergeben. Um so bedauerlicher sind derartige Hinzufügungen, die kaum noch andere klingen als die fatalen Scheinbegründungen der sowjetzonalen Lernjustiz, von der hohe Strafen wegen "subversiver Tendenzen" und mit ähnlichen Propaganda-Formeln einer politischen Polemik verhängt werden. Die befreundliche Meldung diffamiert das Landgericht München, weil sie verdunkelt, dass dieses Gericht keine Strafen wegen einer Hetze oder eines Weitergebens von Wissen ausgesprochen hat, sondern allein wegen der Erfüllung präziser strafrechtlicher Tatbestände.

-----  
Verantwortlich: i. V. Albert Exler